Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Juni 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Enthüllte Demagogie.

Die Nazis im Preussischen Landtag.

SPD. Im Präsidium des Preussischen Landtags sind der Präsident und ein Vizepräsident Nationalsozialisten, die beiden anderen Vizepräsidenten stellten Deutschnationale und Zentrum. Damit ist verdeutlicht, wer Macht und Mehrheit in diesem Parlament hat. Die Nationalsozialisten aber möchten bis zur Reichstagswahl noch so tun, als seien sie ohnmächtige, verfolgte und protestierende Oppositionspartei. Deswegen weigern sie sich einstweilen, trotz allen Zuredens ihrer Harzburger Stiefbrüder, irgendwelche Schritte zur Bildung einer neuen Regierung zu unternehmen. Die Braun-Severing-Regierung soll die Geschäfte weiterführen, damit die Nationalsozialisten im Parlament umso verantwortungslose Demagogie treiben können.

Das geschieht ausgiebig. Im Parlament haben die Nationalsozialisten einen würdigen Bundesgenossen, die Kommunisten. Mit ihnen zusammen können sie auch eine Mehrheit bilden, eine Mehrheit, die auch den gewissenlosesten Unsinn annimmt, falls er nur genügend demagogisch aufgeputzt ist. Früher haben die Weimarer Koalitionsparteien gegen diesen Missbrauch des Parlaments Widerstand geleistet. Jetzt, wo Kozi und Nazi zusammen beschliessen können, was ihnen passt, ist das zwecklos geworden. Seitdem Herr Kerrl das Präsidium im Landtag führt, haben die Sitzungen auch äusserlich ein ganz eigentümliches Aussehen gewonnen. Vorige Woche tagte man bis 4 Uhr morgens, vergangenen Freitag sogar bis 6 Uhr morgens.

In diesen endlosen "Tagungs"-Nächten werden Weltrekorde der Demagogie aufgestellt. Alle paar Stunden erklimmt irgendein Naziabgeordneter das Rednerpult und verlangt, dass irgendein Antrag oder Gesetzentwurf von unübersehbarer Tragweite, den er im Rasseltempo verliest, sofort auf die Tagesordnung gesetzt und möglichst gleich in allen drei Lesungen ohne Aussprache und ohne Ausschussberatung angenommen werde. Oft geschieht dies auch, es lohnt den anderen nicht sich dem Quatsch zu widersetzen. Die Antragsteller bemerken meist erst hinterher, was sie überhaupt angerichtet haben.

Dies von der Nazi-Kozi-Demagogie beherrschte Parlament beschliesst im gleichen Atemzug schwarz und weiss. Ein Nazi-Antrag wird z.B. angenommen, der verlangt, dass wegen irgendwelcher Vorkommnisse im April gegen eine Anzahl Verwaltungs- und Polizei-Beamte sofort das Disziplinarverfahren eingeleitet werde. Am gleichen Tage nimmt die Kozi-Nazi-Mehrheit, ohne mit der Wimper zu zucken, in dritter Lesung ein Amnestiegesetz an, das für alle vor dem 15. Juni begangenen Diehstvergehen Straffreiheit zusichert und ausdrücklich die Einleitung neuer Verfahren wegen solcher Dienstvergehen untersagt. Man brüllt "Bestraft sie!" und "Begnadigt sie!" in einem Atemzug.

Am Freitag jedoch fielen die Nazis mit ihrer Demagogie böse hinein. Ein kommunistischer Antrag stand zur Abstimmung, der verlangte, dass alle Einkommen von 12 000 Mark aufwärts radikal wegbesteuert würden. Hier verlies die

Nazis der Mut. Sie fürchteten den Zorn ihrer kapitalistischen Geldgeber und versuchten zunächst, Rückverweisung des Antrages an den Hauptausschuss zu erzielen, sodann, als ihnen dies misslang, den Landtag durch Stimmenthaltung beschlussunfähig zu machen. Auch das ging daneben. Der Landtag blieb beschlussfähig, und mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ging der Antrag durch. Bei den Nazis herrschte darob grosse Bestürzung. Zum ersten Mal bemerkte man in der militärisch disziplinierten Fraktion Rebellionsstimmung. Diskutierende Gruppen bilden sich. Endlich - um 11 Uhr nachts - haben die Nazis ihr Gegenmanöver fertig. Sie bringen ihrerseits einen Antrag ein voll demagogischer Forderungen, für die Preussen teils nicht zuständig ist, deren anderer Teil glatt gegen die Reichsverfassung verstösst. Sie geben dem Antrag auch eine formulierende Begründung bei, in der der angenommene kommunistische Antrag zur Wegbesteuerung der hohen Einkommen folgendermassen charakterisiert wird :

"Der Antrag ... zeigt den festen Willen der Antragsteller und der hinter ihnen stehenden Systemparteien, die Herrschaft des mit ihnen unlöslich verknüpften Finanzkapitals und der anonymen Kapitalgesellschaften über das schaffende Volk zu verewigen. Mit keinem Wort rührt dieser Antrag, der nur von Einkommenbesteuerung spricht, an den rechtlich als Einkommen nicht erfassbaren Riesengewinnen der Banken, Börsen und Kapitalgesellschaften. Andererseits zeigt der Antrag die Absicht, verdiente Führer des Weltkrieges, hochwertige, schöpferisch tätige Einzelpersönlichkeiten, insbesondere Gelehrte, Künstler und Erfinder ...auf Grund einer leichtfertig redigierten, sachlich nicht durchdachten, laien- und phrasenhaften Formel zu besteuern, während andererseits die Rieseneinkommen korrupter Systempolitiker, die diese ... teilweise schamlos ins Ausland verschoben haben, ungeschoren bleiben."

Erst nachdem die Nazis mit diesem Verdammungsurteil herausgerückt sind, wird ihnen in schonender Form verraten, dass der angebliche kommunistische Antrag - die wörtliche Abschrift eines nationalsozialistischen Antrages war, den im Württembergischen Landtag die dortige Nationalsozialistische Fraktion vor wenigen Wochen eingebracht hat!

Der nationalsozialistische Gegenantrag selber verlangt in üppiger Weise, dass die Reichsregierung die Freigrenze der Einkommensteuer von 720 Mark gleich auf 2400 Mark heraufsetzen und im übrigen die Einkommensteuer bis zu 80 % des Einkommens nach oben staffeln soll. Weiter verlangt der Nazi-Antrag, dass das Vermögen aller eingewanderten Ostjuden als "unsittliche Bereicherung" zu konfiszieren ist, ebenso das Vermögen "sämtlicher Parteibuchbeamten", ausgenommen natürlich das Vermögen der Nazi-Parteibuchbeamten, wie wir sie bereits zu Dutzenden in Braunschweig, Oldenburg, Anhalt, also überall dort haben wo Nazis "regieren". Ist dies Vermögen, was der Naziantrag für selbstverständlich hält, gar "unter Ausbeutung der Amtsstellung" erworben worden, so soll es gleich in doppelter Höhe konfisziert werden (wie macht man das?!). Solche Kindereien gibt es noch mehr. Eine weitere Nummer des Antrags verlangt, dass die preussischen Minister durch öffentlichen Anschlag aufgefordert werden, auf ihren 12 000 Mark überschreitenden Gehaltsanteil zu verzichten (der nach dem früheren Landtagsbeschluss ja sowieso weggesteuert werden soll!!!). Etwas lang werden die Gesichter der Nazis allerdings, als ein Antrag der Linken die Einbeziehung der Reichsminister in dies demagogische Spiel erzwingt.

Die Nazis hatten gehofft, dass die "Systemparteien" ihrem Antrag wütend widersprechen, ihn sabotieren, auf Innehaltung der Fristen bestehen würden. Aber niemand tat ihnen den Gefallen. Um 5 Uhr in der Früh - draussen schien bereits die Juni-Morgensonne - wurde der ganze Humbug angenommen. Humbug! Denn mit Recht wurden die Nazis gefragt, warum sie ihre Anträge auf Abänderung der Reichseinkommensteuer in dem gänzlich unzuständigen preussischen Landtag einbringen, anstatt die ihnen doch so nahestehende Reichsregierung von Papen direkt um Erlass einer entsprechenden Notverordnung anzugehen. Bei der Abhängigkeit der Baronsregierung von den Nazis hätten die Nazis sehr wohl die

Mittel, die Annahme ihrer Forderungen von Herrn von Papen zu erzwingen!

Falls nach hundert Jahren ein Geschichtsschreiber einmal die Beschlüsse des Preussischen Landtags aus diesen Wochen lesen sollte, so müsste er vermuten, im Juni 1932 sei in Preussen der hundertprozentige Sozialismus ausgebrochen. Allerdings müsste er auch bemerken, dass durch den Widerstand der Nazioten allein die Fürsten und Standesherren von der allgemeinen Sozialisierung ausgenommen gewesen seien, denn den Antrag, die Fürstenabfindung rückgängig zu machen, haben die Nazis prompt abgelehnt! Jeder Heutige aber weiss, dass diese Anträge nichts, garnichts am herrschenden kapitalistischen System ändern Die Kapitalisten halten sich den Bauch vor Lachen über diese Schaumschlägereien ihrer Söldlinge! Sind doch diese Anträge von vornherein auf völlige Rechtsunwirksamkeit angelegt, keine Regierung wird oder kann sie ausführen! Zudem sind die meisten Anträge glatt verfassungswidrig. Werden wirklich nun die Arbeiter so dumm sein, auf diesen demagogischen Schwindel hereinzufallen? Werden sie nicht merken, dass die Nationalsozialisten aus dem Parlament, um einen Ausdruck ihres Fraktionsführers Kube zu gebrauchen, mit Fleiss ein "Affentheater" gemacht haben, dessen Beschlüsse niemand ernst nimmt, dessen Entscheidungen nicht mehr Bedeutung haben als die Spässe des Dummen August im Zirkus?!

Werden die Arbeiter zulassen, dass durch die Wahl vom 31.Juli auch der Reichstag, die höchste gesetzgebende Körperschaft, in ein solches Affentheater verwandelt wird? Preussens Landtag ist eine Lehre: Jedes von einer Kozi-Nazi-Mehrheit beherrschte Parlament wird ein Gespött, ein machtloses Gebilde, das sich durch die Unsinnigkeit seines Handelns selber von jeder ernsten Mitwirkung ausschaltet. Dafür liefert eine solche Karikatur von Parlament nur den ernsthaften Vertretern des kapitalistischen Systms, wie die Papenregierung der Hitlerbarone sie darstellt, umso grössere Machtvollkommenheit in die Hände! Das ganze ist scheinsozialistische Demagogie im Dienste des Kapitalismus.

SPD. Der Reichskanzler von Papen ist nach seiner Regierungserklärung Gegner des Wohlfahrtsstaates, der angeblich die moralischen Kräfte der Nation lähmt. Immerhin gehört er bezw. sein Familienunternehmen zu den Wohlfahrtsempfängern. Zwar nicht als Wohlfahrtserwerbsloser, denn Herr von Papen ist persönlich ein reicher Mann, aber doch als Empfänger von Subventionen.

Herr von Papen ist der Schwager des Grossindustriellen und Aufsichtsratsvorsitzenden der Firma Villeroy & Boch in Mettlach an der Saar, die ein Familienunternehmen derer von Boch und von Papen ist und in deren Aufsichtsrat Herr von Papen bis zu seiner Ernennung zum Reichskanzler sass. Dieses Boch-Papensche Unternehmen hat einen Grossbetrieb in Dresden, der im Oktober 1930 stillgelegt und erst wieder geöffnet wurde, nachdem der Wohlfahrtsstaat das Risiko übernommen hatte: Für ein Darlehen von einer Million Mark an die Firma Villeroy & Boch übernahmen der sächsische Wohlfahrtsstaat und die Stadt Dresden die Bürgschaft für die Zinszahlung in Höhe von insgesamt 400 000 Mark in 5 Jahren.

Inzwischen ist die Firma Villeroy & Boch nach ihren Bilanzausweisen mit 300 000 Mark in Unterbilanz und damit ist der Fall gegeben, in dem die Staatssubvention wirksam wird. Es wird der Aufmerksamkeit der deutschen Republikaner nicht entgehen, in welchem Umfange nunmehr der sächsische Volksstaat und die Stadt Dresden aus ihrer Bürgschaft zugunsten des von Papen'schen Familienunternehmens in Anspruch genommen werden. Es muss nach der Gegnerschaft des Herrn von Papen gegen den Wohlfahrtsstaat erwartet werden, dass er jede Wohlfahrtsmassnahmen dieses Staates für sein Familienunternehmen nunmehr weit und entrüstet zurückweist und die Bürgschaft aus seinem grossen Privatvermögen leistet. Aber wir werden ja sehen!

SPD. Darmstadt, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Der hessische Staatspräsident Dr. Adelung äusserte sich am Sonnabend vor Journalisten über die innerpolitische Krise wie folgt :

"In Hessen besteht ein Uniformverbot nicht mehr. Das Demonstrationverbot hat sich mit Rücksicht auf blutige Zusammenstösse während der Hessenwahlen wieder notwendig gezeigt. Die Befürchtungen, die auch die hessische Regierung an die Auflösung des SA- und Uniform-Verbotes durch das Reichskabinett geknüpft hat, sind leider in Erfüllung gegangen. In der Zeit politischer Siedehitze, in der die Bevölkerung durch rednerische und journalistische Zügellosigkeiten und Beschimpfungen der Staatsorgane in unerhörter Weise provoziert wird, musste die Wiederzulassung der verbotenen Parteiuniform natürlich aufreizend wirken und die Zustände noch verschärfen. Es ist charakteristisch, dass die nationalsozialistischen Kreise, die sich in hetzerischer Weise hervortun, nunmehr für ihre Privatarmee das Recht des "Selbstschutzes" verlangen. Dann selbstverständlich würden auch alle anderen Organisationen dieses Recht für sich in Anspruch nehmen, ein ganz unmöglicher Zustand. Ich habe den Eindruck, dass der Herr Reichsminister des Innern sich darüber selbst klar ist, welchen gefährlichen Weg es darstellt, die Polizeigewalt der Länder einzuschränken und dass damit der Schutz für Leben und Gesundheit der Bürger beeinträchtigt würde. Ich glaube aber, dass das Reichskabinett den Nationalsozialisten gegenüber Bindungen eingegangen ist, denen es sich nicht zu entziehen vermag. Wir leben in der Zeit gefahrvollster innerer Krise.

Der Herr Reichspräsident v. Hindenburg hat die Aufhebung des Univorm- und SA-Verbotes an die Voraussetzung geknüpft, dass die Meinungskämpfe sich in ruhigeren Bahnen abspielen und Gewalttätigkeiten vermieden würden; wenn sich seine Erwartungen nicht erfüllen sollten, so sei er entschlossen, gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen. Die Erwartungen des Herrn Reichspräsidenten hat sich, wie vorauszusehen war, nicht erfüllt. Man darf nunmehr erwarten, dass der Herr Reichspräsident, der parteipolitisch nach keiner Seite hin gebunden ist, die Gefahr erkennt und jetzt seine Massnahmen trifft."

SPD. In einer amtlichen Verlautbarung stellt der preussische Innenminist das Treiben der Nazi-Partei gegen die Polizei in das richtige Licht. Die Hitlerianer werden zugleich als Lügner demaskiert. Die Verlautbarung hat folgenden Wortlaut :

"In einem Teil der nationalsozialistischen Presse wird die Mitteilung verbreitet, der Preussische Innenminister habe dem Reichsinnenminister von Gayl einen Besuch abgestattet und ihm die Uebernahme der preussischen Polizei durch das Reich angetragen. Er habe gebeten, möglichst rasch einen Reichskommissar einzusetzen oder doch wenigstens die preussische Polizei der Reichsgewalt zu unterstellen, da er die preussische Polizei nicht mehr fest in der Hand habe.

Von diesen Behauptungen ist nicht ein Wort wahr. In einer Unterredung zwischen den beiden Innenministern hat der Preussische Innenminister die Reichsregierung vielmehr dringend gewarnt, ohne durchschlagende rechtliche Gründe die Reichsaufsicht oder gar die Einsetzung eines Reichskommissars einem Lande oder mehreren Ländern gegenüber in Anwendung zu bringen. In Preussen sei und bleibe die Polizei fest in der Hand des Ministers.

Die Disziplin, insbesondere auch im Offizierscorps, ist nirgends auch nur im geringsten erschüttert, obgleich es bei gewissen Elementen nicht an Versuchen gefehlt hat, die Autorität der Befehlsstellen zu untergraben. Hier-

her gehören u.a. die Bestrebungen der Nationalsozialisten, durch die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und durch Anträge auf Abberufung von Beamten, Unsicherheit in die Dienststellen der Polizei zu tragen.

Im Preussischen Landtag sind wiederholt Anträge eingebracht und teilweise auch angenommen worden, mit denen die Abberufung leitender Polizeibeamter aus ihren Ämtern oder die Einleitung von Dienststrafverfahren gefordert wird. Der Preussische Minister des Innern legt Wert auf die Feststellung, dass derartige Anträge und die entsprechenden Beschlüsse des Landtags jeder Rechtswirksamkeit entbehren. Sie haben lediglich demonstrative und agitatorische Bedeutung.

Die Anstellung und Entlassung der preussischen Staatsbeamten sowie die Einleitung von dienststrafrechtlichen Massnahmen ist lediglich eine Angelegenheit der Staatsregierung und der Entscheidung durch die gesetzgebende Körperschaft des Staates, d.h. den Landtag entzogen. Die nach der Preussischen Verfassung und den Gesetzen zuständigen Stellen haben daher allein pflichtgemäss darüber zu entscheiden, ob das Verhalten eines Beamten zu einem Einschreiten Anlass bietet. Entlassungen von Beamten können im übrigen nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen erfolgen. Die Preussische Staatsregierung ist nicht gewillt, unbegründeten und ungesetzlichen Forderunge in irgendeiner Weise nachzugehen."

SPD. Stuttgart, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Der im württembergischen Landtag durch das uniformierte Auftreten der Nazifraktion entstandene Konflikt beschäftigte am Sonnabend den Sonderausschus für Geschäftsordnungsfragen.

In einer längeren Erörterung der rechtlichen Seite der Frage wurde festgestellt, dass die Auffassung der Nazis, das Tragen der Parteiuniform gehöre zu den in Artikel 118 der Reichsverfassung geschützten Grundrechten der freien Meinungsäusserung und könne daher nur vom Reichspräsidenten aufgehoben oder eingeschränkt werden, rechtsirrtümlich sei, da der Artikel 118 nur die Press- und Versammlungsfreiheit im allgemeinen zu schützen bestimmt sei. Weiter wurde festgestellt, dass unberechtigtes Uniformtragen durch Personen, die nicht zum Heer, zur Polizei oder zu einem uniformierten Beamtenkörper gehören, auch nach § 360 Ziffer 8 des Reichsstrafgesetzbuches als eine Verletzung des Rechtsgutes der staatlichen Autorität bestraft werden könne. Aber unabhängig von der allgemeinen Rechtslage könne das autonome Recht des Landtags, in seiner Geschäftsordnung Bestimmungen gegen das Tragen von Parteiuniformen zu treffen, nicht bestritten werden. Es sei nur fraglich ob es überhaupt erwünscht oder zweckmässig sei, solche besonderen Vorschriften in einer Frage zu treffen, in der man sich bisher auf das Taktgefühl der Abgeordneten glaubte verlassen zu können. Es entspreche nicht den Geboten des Taktes, wenn im Landtag, dessen Mitglieder zu gemeinsamer Arbeit berufen seien, sich eine Partei durch Uniformierung von den anderen absondere. Wenn damit zu rechnen sei, dass sich die Vorgänge wiederholen und auch andere Parteien sich gleichartig verhalten, so würde eine Schutzbestimmung der Geschäftsordnung dagegen unerlässlich sein.

Nachdem sich alle Parteien bis auf die Nationalsozialister selbst im wesentlichen übereinstimmend in diesem Sinne geäussert hatten, wurde vom Vorsitzenden, dem Zentrumsabgeordneten Andre, angeregt, im Interesse der baldigen Wiederaufnahme der sachlichen Arbeit des Landtags und unter Wahrung des gegenseitigen Rechtsstandpunktes einem Vergleichsvorschlag zuzustimmen, der den Konfliktstoff praktisch beseitige. Die Nationalsozialisten erklärten sich dazu bereit, diesem Vorschlag entgegenzukommen und gaben nach einer kurzen Pause, in der sie sich beraten hatten, eine Erklärung des Inhalts ab, dass sie ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt hätten, über die erste Sitzung

der Landtagstagung hinaus in Uniform zu erscheinen, dass sie auf dem Recht, die Uniform im Landtag zu tragen, beharren, dass aber zunächst keine Veranlassung dazu für sie vorliege, d.h. dass sie jetzt wieder ohne Uniform zu den Sitzungen kommen würden. Also ein kläglicher Zurückzieher.

Die Beratungen des Ausschusses endeten mit der Annahme eines Antrages des Berichterstatters, von dieser Erklärung Kenntnis zu nehmen und von einer Beschlussfassung über die eingelaufenen Anträge bis auf weiteres abzusehen.

SPD. Genf, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Türkei hat an den Völkerbundsrat ein Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund gerichtet. Die Aufnahme soll in etwa 14 Tagen in einer Sondersitzung der Vollversammlung erfolgen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat, wie amtlich mitgeteilt wird, am Sonnabend auf Grund des § 6 Absatz 1 Ziffer 1 und 2 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14.Juni 1932 die in Berlin erscheinende Tageszeitung "Der Angriff" einschliesslich der Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 30.Juni 1932 einschliesslich verboten. Das Verbot umfasst auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.

Das Verbot erfolgte nicht nur wegen des Artikels vom 24.Juni mit der Ueberschrift: "Vize Weiss auf der Flucht nach Paris? Schwere Verfehlungen im Amte festgestellt", in dem ein leitender Beamter des Staates beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wird, sondern auch wegen böswilliger Verächtlichmachung von Behörden des Staates, Justiz und Polizeipräsidiums. Weiter wird in dem Artikel "Goebbels Ultimatum an die Reichsregierung" zum Angriff auf Leib und Leben Andersdenkender und damit zum Ungehorsam gegen Gesetze angereizt.

Die sozialistische "Arbeiterzeitung" ist wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten ebenfalls auf 5 Tage verboten worden.

SPD. Paris, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Herriot, der am Sonnabend-Früh aus Lausanne nach Paris zurückgekehrt ist, erstattete in einem Ministerrat, der unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik von 10 bis 1½ Uhr dauerte, einen eingehenden Bericht über die Lausanner Konferenz. Paul Boncour tat das gleiche inbezug auf die Abrüstungskonferenz. Der Ministerrat billigte, so heisst es in dem Kommuniqué über die Beratung, die Haltung der französischen Delegation und forderte sie auf, im Rahmen der konkreten Massnahmen, die zurzeit Gegenstand der Genfer Besprechungen sind die Lösungen der Probleme zu suchen, die durch den so edlen Wunsch des Präsidenten Hoover aufgeworfen worden sind.

Auffällig an diesem Kommuniqué ist, dass in ihm das Wort "einstimmig" fehlt und sich die Weisungen des Ministerrats nur auf das weitere Verhalten der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz beziehen. Es scheint also innerhalb des Kabinetts Meinungsverschiedenheiten über die beiden Fragen zu geben.

SPD. Am Sonnabend nachmittag kurz vor 17 Uhr wurde in Berlin in der Friedrichstrasse ein Propagandawagen der Sozialdemokratischen Partei von einem Haufen uniformierter Nationalsozialisten, die von der Hedemannstrasse herangestürmt kamen, überfallen. Die Insassen wurden verprügelt.

Im Anschluss daran stürmte eine Menge von 150 - 200 Nationalsozialisten auf ein Pfeifensignal hin vom Halleschen Tor und vom Belle-Alliance-Platz her auf den Eingang der Lindenstrasse zu. In der Lindenstrasse wurden mehrere Personen, die das Abzeichen der Eisernen Front trugen, überfallen und geschlagen.

Der nationalsozialistische Haufe drang dann in den Torweg des "Vorwärts"-Gebäudes ein. Hier kam es zu einem wüsten Durcheinander zwischen den eindringenden Nationalsozialisten und dem Hausschutz des "Vorwärts". In diesem Handgemenge fielen Schüsse. Zwei Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist wurden verwundet. Der Nationalsozialist erhielt einen Bauchschuss, der eine Reichsbannermann einen Beckenschuss, der andere einen Streifschuss am Ohr.

Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

SPD. Paris, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Der französische Ministerpräsident empfing am Sonnabend nach der Sitzung des französischen Kabinetts den Pariser Korrespondenten des "Soz.Pressedienst" um sich ihm gegenüber über die Lausanner Reparationsverhandlungen zu äussern.

Herriot begann seine Erklärungen, während er einen ihm von seinem Kabinettchef überreichten mehrseitigen Auszug aus den deutschen Sonnabendzeitungen durchblätterte mit der Bemerkung, dass die deutschen Pressestimmen sehr ungünstig seien. Er nannte vor allem zwei nationalistische Berliner Blätter, deren Äusserungen hier eine gewisse Bedeutung beigelegt wird, weil das eine als das Organ des Reichswehrministeriums und das andere als Organ der hinter der Regierung stehenden industriellen Kreise angesehen wird. Dann fuhr der Ministerpräsident fort : "Wir haben am Freitag-Vormittag einen Vortrag des Reichsfinanzministers über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands und am Freitag-Nachmittag ein Exposé des französischen Finanzministers über die französische These in der Reparationsfrage angehört. Die beiden Mitteilungen waren objektiv und interessant und wurden ohne jede Leidenschaft vorgetragen. Wir befinden uns jetzt in einem historischen Moment. Selten haben verantwortliche Staatsmänner so grossen Schwierigkeiten gegenübergestanden. Ich verteidige natürlich den Standpunkt meines Landes. Aber ich weiss auch den deutschen Standpunkt zu würdigen. Wenn ich höre, dass es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose gibt, so erfüllt mich das mit grosser Sorge und ich würde mich sehr freuen, wenn wir die Mittel finden könnten, diesen bedauernswerten Menschen wieder Arbeit zu verschaffen. Ich bin ein mit Ueberlegung handelnder Mensch, und ich werde alles tun, was in meinen Kräften steht, um eine Einigung mit Deutschland zu erzielen. Ich liebe ernsthafte Arbeit, aber nicht unnütze Phrasen. Da ich seit 27 Jahren Bürgermeister bin und als solcher viele Ehebündnisse besiegelt habe, weiss ich, dass zu einer Hochzeit, in diesem Falle zu einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die Zustimmung bei der Parteien notwendig ist. Es genügt nicht, dass die Staatsmänner beider Länder den Willen zur Zusammenarbeit haben, die öffentliche Meinung muss uns sagen, ob sie uns helfen will. Dabei muss jede Leidenschaft ausgeschaltet werden, denn wenn man die Angelegenheit unter dem Zwang der Leidenschaft behandel kommt man zu keinem Ziel. Ich fordere daher alle vernünftigen Menschen, die guten Willens sind und den Frieden lieben, auf, unsere Bemühungen zu unterstützen. Sie müssen uns helfen, damit wir im Interesse unserer beiden Länder und der ganzen Welt über diese schwierige Situation hinwegkommen."

SPD. Die Nazis haben dem Reichsinnenminister "reichhaltiges Material über das Versagen der Polizei insbesondere in Berlin und im Ruhrgebiet" unterbreitet. Dieses "Material" wird zurzeit auf seine Stichhaltigkeit überprüf

Was von nationalsozialistischem "Material" im allgemeinen zu halten ist, haben die Nazis selbst erst in den letzten Tagen wiederholt bewiesen. So veröffentlichte das Berliner Nazi-Blatt geradezu hahnebüchene Behauptungen über den Berliner Polizei-Vizepräsidenten Dr. Weiss. Das Blatt kündigte zugleich an, dass es sein "Material" der Nazi-Fraktion des Preussischen Landtags übermitteln und diese die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gegen Weiss beantragen werde. Alles das ist inzwischen geschehen, obwohl an den Behauptungen des "Angriff" nicht ein Wort wahr ist. Wieder einmal ist diese Dreckschleuder das Opfer einer gemeinen Denunziation geworden. Sie musste es werden, weil Verleumdungen zu ihrem täglichen Handwerk gehören. Vor Gericht wird ihr das am Donnerstag, wo die Sache Weiss zur Verhandlung steht, wieder einmal bescheinigt werden.

In dem Bericht der Nazis über die Uebermittlung von "reichhaltigem Material" an den Reichsinnenminister werden u.a. auch die verlogenen Behauptungen über angebliche Äusserungen des Führers der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels wiederholt, obwohl diese Behauptungen inzwischen nicht nur einmal sondern wiederholt als frei erfunden charakterisiert worden sind und Otto Wels gegen die Berliner Nazi-Dreckschleuder wegen ihrer Behauptungen bereits Strafantrag gestellt hat. Macht nichts! Man wiederholt den Schwindel, weil schliesslich doch etwas hängen bleibt.

Pfui Teufel! Und so ein Lügengesindel besitzt dazu noch die Frechheit, sich dem Volk tagtäglich als "sittliche Erneuerer" anzupreisen. Da kann man wirklich nur sagen: Deutschland erwache!

SPD. Paris, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Die Pariser Sonnabend-Abendpresse ist über den Beginn der deutsch-französischen Aussprache sehr geteilter Meinung.

Der "Temps" ist optimistisch. Die Aufgabe der Unterhändler sei nicht leicht aber auch nicht undurchführbar, wenn man in Berlin wie in Paris von dem aufrichtigen Willen beseelt sei, gewissenhaft an dem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Europas zu arbeiten. - Das "Journal des Débats" erklärt dagegen, dass man niemals etwas Demoralisierenderes und Widerwärtigeres erlebt habe. In Genf und Lausanne machten die Schauspieler des Pazifismus das Spiel der Kriegstreiber, und die Schauspieler der Demokratie und des Sozialismus seien im Dienste der schwärzesten Reaktion. - Der "Intransigeant" bezeichnet die Erklärungen des Reichskanzlers von Papen gegenüber dem Chefredakteur des "Matin" als "liebenswürdigen faulen Witz".

SPD. Zürich, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale erlässt zu dem Appell Hoovers an die Abrüstungskonferenz folgende Kundgebung :

"Die Vorschläge der Vereinigten Staaten haben der Abrüstungskonferenz, die in den technischen Diskussionen zu versanden drohte, die Möglichkeit eröffnet, aus der Sackgasse herauszukommen. Die Abrüstungskonferenz steht vor entscheidenden Beschlüssen. Die amerikanischen Vorschläge sind gewiss keine erschöpfende und daher in allen Punkten befriedigende Lösung des Problems, vor dem die Abrüstungskonferenz steht. Sie bedürfen in wichtigen Punkten der Ergänzung, so durch eine weitgehende Herabsetzung der Militärbudgets, das Verbot der privaten Herstellung und des privaten Handels mit Waffen und Munition,

eine strenge internationale Kontrollorganisation, ein internationales Statut der zivilen Flugschiffahrt. Die Annehme der amerikanischen Vorschläge würde nur einen ersten Schritt auf dem Wege der Abrüstung, eine Herabsetzung der Rüstungen bedeuten. Aber eine Zurückweisung der amerikanischen Vorschläge würde die Hoffnungen auf ein Gelingen der Abrüstungskonferenz zerstören und die europäischen Regierungen mit der Verantwortung beladen, die zur Lösung aller dringlichen Probleme unentbehrliche Mitarbeit der Vereinigten Staaten und die internationale Zusammenarbeit im Kampfe gegen die Weltwirtschaftskrise zu gefährden. Es gilt daher in diesen entscheidenden Tagen, die Regierungen aller Länder zu zwingen, die Möglichkeiten ernsthafter Fortschritte der Abrüstungskonferenz nicht zu zerstören. Es gilt, alle Kräfte einzusetzen, um den Widerstand der offenen und versteckten Feinde der Abrüstungs zu brechen. Das Büro vertraut darauf, dass die Arbeiterparteien aller Länder die Bedeutung des Augenblicks erkennend überall sofort energische Aktionen einleiten, um für ihre Forderung nach Abrüstung und Frieden zu demonstrieren und auf ihre Regierungen den stärksten Druck auszuüben, damit der gegenwärtige kritische Moment zur Durchsetzung ernsthafter Abrüstungsmassnahmen ausgenützt wird."

SPD. Lausanne, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuss erklärte am Sonnabend vor seiner Abreise nach Wien über seine Anleiheverhandlungen u.a. folgendes :

Als die Schwierigkeiten für das Zustandekommen der Finanzhilfe fast unüberwindlich geworden seien, habe er sich anfangs dieser Woche zur Reise nach Lausanne entschlossen. Bei seinen Verhandlungen habe er überall grosses Verständnis gefunden und es sei gelungen, die meisten Schwierigkeiten auszuräumen. Der technische Teil der Beratungen sei nahezu abgeschlossen. Vor allem würden Oesterreich keinerlei Bedingungen wirtschaftlicher oder politischer Art auferlegt, die es nicht annehmen könne oder die es selbst nicht für nötig halte. Alle massgebenden Kräfte seien zur Hilfe bereit. Die Einordnung der Hilfe in einen grossen Plan des europäischen Wiederaufbaus stosse allerdings noch auf erhebliche Schwierigkeiten. Österreich nehme natürlich die Hilfe an. Wenn es dieser Tage seine Anleihe in der vorgesehenen Höhe bekomme, dann werde es nach wenigen Tagen die Zahlungen für die Auslandsanleihen wiederaufnehmen und dazu beitragen, das europäische Finanzgebäude aufrechtzuerhalten. Komme die Anleihe nicht zustande, dann werde sofort die bereits vorbereitete Verordnung über die Einstellung der Devisenzuteilung für den Auslandsdienst veröffentlicht werden. Diese Zahlungsaussetzung werde dann aber länger dauern. Österreich sei auf alles vorbereitet. Der innere Zahlungsverkehr werde auch im ungünstigsten Falle aufrechterhalten und habe sichere Grundlagen. In letzter Minute habe er aus Paris eine telephonische Mitteilung der Regierung erhalten, die erhoffen lasse, dass die schwierigen Verhandlungen ein rasches und gutes Ergebnis haben würden.

SPD. Prag, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Das oberste Gericht in Brünn hat am Sonnabend das freisprechende Urteil in dem Prager Meineidsprozess gegen den ehemaligen Minister und jetzigen Faschistenführer Stribrny aufgehoben. Stribrny wird sich deshalb nochmals vor Gericht zu verantworten haben.

SPD. Lausanne, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf der deutsch-französischen Sachverständigenberatungen wurde am Sonnabend mit der Prüfung der Möglichkeit einer Umwandlung der Schlussumme für Reparationen begonnen. Dieser Versuch läuft auf das Ziel hinaus, Deutschland in besonderer Weise zum Wiederaufbau Europas in einem grosszügigen Plan heranzuziehen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler berichtete in der am Sonnabend stattgefundenen Kabinettssitzung über die von der deutschen Delegation in Lausanne geführten Verhandlungen. Die bisherige Haltung der Delegation fand die Billigung des Kabinetts. Den vom Reichskanzler vorgeschlagenen weiteren Absichten der deutschen Delegation stimmte das Reichskabinett einmütig zu.

Im Anschluss hieran erstattete der Reichsminister des Inneren Bericht übe seine Verhandlungen mit den Länderregierungen.

SPD. Erfurt, 25.Juni (Eig.Drahtb.)

In Erfurt haben SA-Horden in den letzten Tagen und Nächten die Arbeiterschaft wiederholt provoziert. Es gab mehrere Verletzte. Die Nazis gaben mehrere Schüsse ab.

SPD. Das Haupt der Regierung der Nazi-Barone lässt verlautbaren, dass das am Sonnabend vom Pariser "Matin" veröffentlichte Interview, soweit dort von Kompensationen an Frankreich gesprochen wurde, nicht den Erklärungen entspreche, die er vor der französischen Presse abgegeben habe. Es ist nicht das erst mal, dass Herr von Papen als Reichskanzler Erklärungen abgegeben hat, deren Veröffentlichung seinerseits Richtigstellungen notwendig machten.

SPD. Der Sturm von Nazihorden auf das Verlagsgebäude des "Vorwärts" hat in Berlin grosses Aufsehen erregt. Einzelne Zeitungen gaben den Vorfall durch Extrablätter bekannt. Bis in die späten Abendstunden waren in der Umgebung des "Vorwärts"-Gebäudes diskutierende Menschentrupps anzutreffen. Ueber den Sturm selbst gibt ein Angestellter des "Vorwärts"-Verlages, der Augenzeuge des Angriffs war, folgenden Bericht :

Ich befand mich zwischen 4 und 5 Uhr nachmittags im Schultheiss-Restaurän am Belle-Alliance-Platz zwischen Friedrich- und Lindenstrasse. Als ich Lärm auf der Strasse hörte, ging ich heraus und sah einen Trupp Nationalsozialisten im Sturmschritt in der Friedrichstrasse. Sie fielen über unseren Propagandawagen her, der in der Friedrichstrasse, unweit des Belle-Alliance-Platzes stand. Der Fahrer setzte sich gegen die Angreifenden mit einer Eisenstange kräftig zur Wehr. Das Publikum nahm Partei gegen die Nazis und wurde darauf von ihnen bedroht. Ich sah, dass der "Alarm"-Händler, der ander Ecke der Friedrichstrasse steht, nach dem "Vorwärts" zulief. Mit ihm kamen 2 - 3 Reichsbannerkameraden zurück. Sie wurden von den SA-Leuten sofort angegriffen. Ein Nationalsozialist gab einen Signalpfiff ab, darauf stürmten sofort 150 bis 200 Nationalsozialisten vom Belle-Alliance-Platz und vom Halleschen Tor her auf die Ecke der Lindenstrasse zu. Sie lösten im Laufen Koppel und Schulterriemen. Einige Führer schienen sie aufhalten zu wollen, aber auf neue Signalpfiffe hin stürmten sie auf die Lindenstrasse zu.

Ich wurde mit einer Menschenmenge in die Lindenstrasse hineingedrückt und sah zunächst wie zwischen der Ecke der Lindenstrasse und dem Café Venezia (ein Nazilokal gerade gegenüber dem "Vorwärts") 20 Nationalsozialisten einen Schupobeamten umringten, der einen Mann mit dem Eisernen Front-Abzeichen vor den Nationalsozialisten schützte. Ich ging dann über die Strasse nach dem Vorwärtshaus und sah, wie links vom Eingang die Nationalsozialisten auf eine Mann einschlugen. Eine grosse Menschenmenge war zugegen. Ich bekam plötzlich einen Stoss und flog gegen ein Lieferauto, wobei mir der Arm aufgerissen wurd

Als ich aufstand, sah ich, wie im Torweg selbst eine regelrechte Schlach im Gange war. Die Nationalsozialisten schlugen mit Fahnenstangen in den Knäue hinein. Plötzlich stürmten einige Nazis heraus. Sie schrieen, sie haben einen in den Bauch geschossen. Sie hielten eine Autotaxe an. Aus dem Torweg wurde ein Verwundeter heraus in die Taxe getragen. Fast zur gleichen Zeit kamen zwei Ueberfallwagen der Polizei. Die Nazis wurden abgedrückt. Ich hörte wie die Abziehenden laut riefen, dass sie wieder kommen und blutige Rache neh men würden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Methusalem, Jahrgang 2132...?

Das Leben wird länger.- Mumien, die nur 28 Jahre alt sind - Der Tod im alten Rom - Die Hölle des Mittelalters - 90 Jahre und mehr? -

SPD. Wie lange währt ein Menschenleben? Dem bekannten biblischen Spruch zufolge 70 Jahre, und wenn es hoch kommt, achtzig. Aber die Zahlen der wissenschaftlichen Statistiken, die von Gesundheitsbehörden und Lebensversicherungen aufgestellt wurden, widerlegen vorläufig noch diese Behauptung. Der Lebensdurchschnitt für den europäischen Menschen liegt zur Zeit zwischen 55 und 60 Jahren und nur wenige, etwa 5 % der Gesamtbevölkerung, erreichen ein Lebensalter von achtzig Jahren und darüber hinaus. Aber die Frage "Können wir unser Leben verlängern", die hier und da in wissenschaftlichen Kreisen auftaucht, hat eine gewisse Berechtigung. Es ist zu hoffen, dass eine allmähliche Steigerung der menschlichen Lebensdauer durchzusetzen ist. Denn schon jetzt leben wir länger, bedeutend länger, als Menschen vergangener Jahrhunderte.

+

Das Leben der Menschen in vorgeschichtlichen Zeiten war nach den neuesten Forschungsergebnissen sehr kurz. Man konnte bei ihnen bequem ein Jahrhundert in fünf Menschenalter einteilen. So starben, wie aus Gräberfunden in England und Neumexiko hervorgeht, die Erwachsenen schon zwischen 18 und 30 Jahren. Selbst die "ägyptischen Mumien" erreichten nur ein Lebensalter von 28 Jahren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es sich um Angehörige wohlhabender und reicher Volksschichten handelte, die sich den Luxus der Einbalsamierung leisten konnten. Auch die Antike brachte dem Menschen kein höheres Alter. Aus den Grabinschriften römischer Bürger, die verschiedenen Berufsschichten angehörten konnte vielmehr festgestellt werden, dass viele dieser Menschen nicht älter als zwanzig Jahre wurden. Und das zu einer Zeit, als das römische Imperium die halbe Welt beherrschte und die antike Kultur schon Zentralheizungen, kilometerlange Wasserleitungen, Chausseen und Krankenhäuser kannte. Auch das Mittelalter schuf für den Menschen keine günstigeren Lebensbedingungen. Schutzlos war der mittelalterliche Mensch Hungersnöten und Epidemien ausgesetzt, von deren Ausmassen wir uns kaum noch eine Vorstellung machen können. Wurde doch im 14. Jahrhundert halb Europa durch die Pest in eine schaurige Leichenwüste verwandelt; ganze Städte starben aus und auf dem Lande blieben nicht genug Menschen übrig, um den Boden zu bestellen.

+

Am Ausgang des 17. Jahrhunderts stellte der grosse englische Astronom Halley Untersuchungen über das Durchschnittsalter der Menschen an. Er kam dabei zu dem Ergebnis, dass man ein Jahrhundert in drei Generationen einteilen müsse. Die Lebensdauer war also, trotz der Dezimierung der europäischen Menschheit durch den Dreissigjährigen Krieg, gestiegen. Der eigentliche Anstieg aber begann erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts, mit dem Zeitalter der Technik, das die Lebensbedingungen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verbesserte.

+

"Zwei Dinge", sagt der Franzose Qzenfant, "bewegen die Menschen, der Wirklichkeitssinn und die Todesfurcht." Wir können den Tod nicht umgehen. Wir müssen uns vor dem natürlichen Erlöschen der Lebensfunktionen als vor etwas Unabänderlichem beugen. Eines aber können wir mit Hilfe der modernen Hygiene und Medizin erreichen: den Tod hinausschieben! Amerikanische Statistiker haben er-

rechnet,dass schon das kommende Jahrhundert jedem Menschen eine Lebensdauer von mindestens 90 Jahren garantieren wird. Diese Voraussage mutet im ersten Augenblick utopisch an. Sie verliert aber ihren phantastischen Charakter,wenn man die sinkende Kurve der frühen Sterblichkeit in den letzten beiden Jahrhunderten beobachtet. Der Sozialanthropologe Alfred Ploetz führt die verminderte Sterblichkeit auf die Anpassung der Umwelt an den Menschen durch ihn selbst zurück. Technik und gesellschaftliche Organisation haben den Menschen von der Natur emanzipiert. "Diese Anpassung", sagt Ploetz, "ist bereits jetzt zu einer glänzenden Höhe gestiegen und hat in Anbetracht ihrer im biologischen Sinne erst kurzen Dauer noch eine grosse Zukunft vor sich."

+

Während also der Mensch in früheren Kulturen im Kampfe mit einer rauherer Umwelt schon frühzeitig sein Lebenskapital verbrauchte,führt das Leben in der höheren Gesellschaftsform des modernen Staates zu einem langsamen aber stetigen Sinken der Sterblichkeitsziffer. Noch vor einem Vierteljahrhundert starben beispielsweise von 100 Menschen 17 im Säuglingsalter. Heute ist der Prozentsatz in einzelnen Grosstädten, wie Frankfurt a.M. schon auf etwa 5 zurückgegangen, und es besteht die Aussicht,ihn in absehbarer Zeit noch weiter zu vermindern. Den grossen Volksseuchen wie Tuberkulose,Syphilis und Krebs stehen wir nicht mehr so hilflos gegenüber wie,in vergangenen Zeiten. Die Aufklärung breiter Volksschichten durch eine vielseitige Propaganda trägt ebenfalls zur Erhöhung der Lebensdauer bei. Wir haben die Aussicht,dass in einer höheren Gemeinschaftsform, wie sie der Sozialismus anstrebt,die Lebenschancen,die die Natur den Menschen gibt, immer nachhaltiger ausgenützt werden können.Vielleich werden spätere Generationen mit 50 Jahren eine zweite Jugend erleben.Möglich, dass dadurch die Menschen einer kommenden Zeit zu kulturellen Leistungen befähigt werden,die wir,die wir schon mit 60 Jahren an der Schwelle des Todes stehen,nur unvollkommen ahnen können.

P.

+ + +

Vom Zug überfahren. Der Braunschweiger Landgerichtsdirektor Bode wurde, als er auf der Strecke Braunschweig=Schöningen einen schrankenlosen Bahnübergang mit dem Fahrrad überqueren wollte,von der Lokomotive eines Zuges erfasst und mitgeschleift. Der Unglückliche wurde so schwer verletzt,dass er einige Stunden später im Braunschweiger Krankenhaus verstarb.

+ + +

Bankraub. Auf das Bankgeschäft von H.R.E. Böning in der Jägerstrasse in Berlin wurde am Sonnabend Mittag ein verwegener Raubüberfall verübt. Zwei junge Burschen erschienen mit vorgehaltenen Schusswaffen im Kassenraum der Bank, bedrohten die Angestellten mit ihren Pistolen und raubten einen Geldbetrag in Höhe von 2 ooo Mark. Trotz sofortiger Verfolgung entkamen die Täter mit ihrer Beute. Ein Bankangestellter,der im Treppenflur der Bank versuchte, die fliehenden Räuber aufzuhalten,wurde von den Banditen niedergestossen.

+ + +

Vor dem Šklarekurteil. Der Sklarek=Prozess steht vor seinem Ende. Am Sonnabend wurden die Plädoyers abgeschlossen. Am Montag werden die Angeklagten das Schlusswort erhalten. Mit einer Replik des Staatsanwalts auf die Plädoyers der Verteidiger ist nicht zu rechnen. Die Urteilsverkündung wird spätestens am Mittwoch erfolgen.

+ + +

Krieg im Frieden. Auf dem polnischen Artillerie=Schiessübungsplatz bei Kowel in der Nähe von Warschau wurden bei einem Uebungsschiessen vier Soldaten durch einen Rohrkrepierer getötet.

+ + +

Schrecklicher Tod. Bei Givet an der französisch=belgischen Grenze raste eine mit zwei Personen besetzte Limousine gegen einen Baum. Das Auto geriet in Brand; die Insassen verbrannten bei lebendigem Leibe.

+ + +

Effektenschiebungen engros. Die Affäre des früheren Grossbankangestell=ten Sedlmeyer,der wegen Devisenschiebungen in Haft genommen worden ist,beginnt sich zu einem Devisenskandal grössten Umfanges auszuwachsen. Es sind Effekten im Werte von mehr als 5 Millionen Mark verschoben.worden. Der Hauptschuldige ist jedoch nicht Sedlmeyer,sondern der Berliner Kaufmann Adam Neuhauser,der auf Grund eines Haftbefehls der Berliner Staatsanwaltschaft in Passau festge=nommen werden konnte. Neuhauser hat planmässig in Holland ,in der Schweiz und in Oesterreich deutsche Wertpapiere gekauft und nach Deutschland gebracht.Hier trat er mit Sedlmeyer in Verbindung,der durch seine Tätigkeit in der Devisen=abwicklungsstelle einer Berliner Grossbank über die notwendigen Kenntnisse ver=fügte. Sedlmeyer liess über seine verschiedenen Konten bei den Berliner Pri=vatbanken die Papiere als Inlandsbesitz verkaufen.

+ + +

Zigarrenliebhaber. Einbrecher räumten in der Sonnabend-Nacht das in der Sebastianstrasse in Berlin befindliche Lager der Heinrich Jacobi-Zigarrenfa=briken aus. Die Beute, 50 ooo Zigarren, fuhren die Nikotin-Freunde mit einem kurze Zeit vorher gestohlenen Auto davon.

+ + +

Bertram ermordet? Australische Eingeborene,die aus dem Innern des Landes nach Wyndham gekommen sind,berichteten,dass ein Eingeborener die vermissten deutschen Flieger Bertram und Clausmann an einer Stelle im Busch mit einem Speer getötet habe. Eine Polizeiabteilung ist aufgebrochen,um Nachforschungen anzustellen.

+ + +

Im Privatauto zum Raubüberfall. In der Ahornstrasse in Berlin=Charlot=tenburg wurde am Sonnabend früh eine Hausangestellte von einem etwa 30 jähri=gen Mann überfallen,der das Mädchen mit einer Pistole bedrohte und ihr die Handtasche mit 15 Mark Inhalt entriss. Der Räuber,der einem eleganten Privat=auto entstiegen war,fuhr nach vollbrachter Tat in dem gleichen Wagen davon.

+ + +

Millionär=Intimitäten. Im Mitgiftprozess Caro=Petschek griff in der Sonnabend=Verhandlung Geheimrat Caro seinen Gegner wieder aufs heftigste an. Er behauptete, dass Petschek alles,was er gegen ihn,Caro,vorbringe,nur aus taktischen Gründen unternehme, um den ihm unbequemen Zeugen Caro auszuschal=ten. Er,Caro, habe auf die üblen Affären Petscheks hingewiesen, auf die un=zulässigen Rabatte, die industrielle Spionage Ignaz Petscheks durch Beste=chung und Erpressung, auf die Untreue im Fall Hohenlohe und auf die Führung doppelter Bücher. Da er durch die intime Kenntnis all dieser Dinge eine un=geheure Gefahr für Petschek darstelle, suche ihn dieser durch Verleumdungen und Verunglimpfungen als Zeugen unmöglich zu machen. Petschek wäre von ei=ner geradezu fanatischen Vernichtungswut gegen ihn beseelt.

+ + +

Frankreichs grösste Hängebrücke. Die grösste Hängebrücke Frankreichs, die bei Cavaillon in der Nähe von Marseille über die Durance führt,wurde kürz=lich eingeweiht. Die Brücke,die 308 Meter lang und 8 Meter breit ist, hängt an 32 Zehn=Zentimeter Kabeln,deren Endpfeiler sich 32 Meter über dem Wasser=spiegel erheben.

Wirtschaft Technik Handel

Nationalsozialismus ist Inflation.

Herr Feder studiert und macht "Entdeckungen" - Die Nazis bekennen sich zum Federgeld.

SPD. Seitdem die Nazis gemerkt haben, wie das deutsche Volk auf die Zumutung, zugunsten bankrotter Schwerindustrieller und Grossagrarier eine neue Inflation über sich ergehen lassen, reagiert, haben sie ihren "Geldsachverständigen Feder mit seinem Federgeld in die Ecke gestellt. Mit dieser Feder am Hute lassen sich keine Dummen mehr einfangen. Deshalb haben die Nazis bei Neubildung ihrer Reichsorganisation ihre Wirtschaftsabteilung Herrn Feder nicht übertragen. Der Name des Mannes, den man den Schöpfer des nationalsozialistischen Wirtschaftsprogrammes nennt, sucht man vergebens unter den Leitern der nationalsozialistischen Wirtschaftsabteilung. Feder, der das Federgeld erfand und das Schlagwort von der Brechung der Zinsknechtschaft prägte, musste in der unwesentlichen "Ingenieur-technischen Abteilung" unterschlüpfen, wo er, auf totem Gleis, sauer steht.

Trotzdem ist bei den Nazis der Federgeist noch nicht tot. Wohl hat es z.B. Gregor Strasser in seiner bekannten Reichstagsrede vermieden, sich auf das Federgeld festzulegen. Aber alles, was er über Währung und Arbeitsbeschaffung sagte, sein ganzer Schmuss über die "produktive Kreditschöpfung" war auf nackte Inflation abgestellt. Schliesslich kommt auch Herr Feder wieder zum Vorschein. Als Ersatz dafür, dass man ihn von der Wirtschaftsabteilung ferngehalten hat, gewährte man ihm den Trost, im "Völkischen Beobachter" zu schreiben. Er hat das mit der ihm eigenen "Gründlichkeit" getan und einen ledernen Bandwurm produziert, der sich durch drei Nummern des "Völkischen Beobachters" hinzieht. Immerhin ist das eine Kundgebung an auffallender Stelle und die Nazis werden sie nicht als "Privatarbeit" von sich abschütteln können, zumal Feder sich ausdrücklich darauf beruft, "als älteste und berufenste Autorität der Nationalsozialistischen Partei auf dem Gebiete der Geld- und Kreditpolitik" die "wissenschaftliche" parteigültige Interpretation dessen zu liefern, was Strasser in seiner Reichstagsrede um die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung angedeutet hat. Man darf also die Nazis einmal auf das, was in diesen drei Artikel steht, festnageln.

Immerhin hat Feder in der letzten Zeit zugelernt. Es ist unbestreitbar, dieser Feder hat letzthin heimlich in nationalökonomischen Schriften herumgeschnüffelt. Wahrscheinlich, um herauszubringen, warum alle Welt sein Federgeld ablehnt und dieses Geld als reine Inflation stempelt. Bei dieser Gelegenheit hat Feder sogar eine grosse "Entdeckung" gemacht. Er hat - viele Jahrzehnte, nachdem die Wissenschaft das einwandfrei feststellte - entdeckt, dass in der Wirtschaft nicht nur Bargeld umläuft, sondern auch Giralgeld, ja sogar in grösserer Menge als das Bargeld. Er hat schliesslich aus den Schriften der Nationalökonomen sogar mit grosser Mühe die Feststellung herausgeklaubt, dass nicht nur die Notenbanken, sondern auch die Kreditbanken Geld schöpfen können, eben jenes von Feder wiederentdeckte Giralgeld. Und nun kam Feder auf die glänzende Idee, sein ganzes Federgeld auf die Inflation von Giralgeld abzuschieben, offenbar in der Hoffnung, dass man es hier nicht so leicht merken wird. Denn was weiss schliesslich der einfache Mann von der Geldschöpfung der Banken. Selbst die "älteste und berufenste Autorität" der Nazis auf dem

Gebiete der Geld= und Kreditpolitik hat ja sehr lange gebraucht,bis sie diese Zusammenhänge zu erkennen glaubte. Natürlich glaubt Feder es bloss. Denn wirklich begriffen hat er es,wie wir sehen werden,immer noch nicht.

Sehen wir also nach,welchen neuen Trick Feder jetzt erfunden hat,um sein Federgeld in die Wirtschaft hineinzuzaubern. Zunächst werden die Grossbanken verstaatlicht. Aber nicht etwa zur Kontrolle und zum Umbau der Wirtschaft,wie es die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie fordern und wie es den wirklichen sozialistischen Vorstellungen entspricht,sondern ausschliesslich zu dem Zweck, um sie zum Werkzeug heimlicher Fabrikation von Federgeld zu machen. Dann wird die Goldwährung abgeschafft und der Aussenwert der Reichsmark herabgesetzt,d.h. die Devisenkurse heraufgesetzt wie in der Inflation seligen Angedenkens, und schliesslich wird eine "streng kontrollierte Kreditausweitung (Giralgeldschöpfung) für die Durchführung der grossen Aufgaben des nationalsozialistischen"Arbeitsbeschaffungsprogramm" (Liess: Arbeitsdienstpflicht,d.h. Versklavung der Arbeiterschaft) gemacht. Nun haben wir es also: selbst die berüchtigten "Bau= und Wirtschaftsbanken" des alten Feder=Programms werden wieder aus der Versenkung geholt, um bei diesem Inflationsplan mitzuwirken.

Denn dass es sich um einen ganz echten Inflationsplan handelt,der nicht mehr ganz so naiv aufgezogen wie der frühere,aber gerade deshalb umso gefährlicher ist,darüber kann es unter den Nationalökonomen nicht den geringsten Zweifel geben. Feder gibt selbst naiverweise zu,dass das Giralgeld genau so echtes Geld ist wie das Bargeld. Und an einer anderen Stelle passiert ihm sogar das Pech,sich mit der Erkenntnis zu brüsten,dass die Rentenmark sich nicht deshalb stabil gehalten hat,weil sie durch Grund und Boden gedeckt war,sondern nur deshalb,weil sie in sehr begrenzter Höhe ausgegeben wurde. Nun will aber Feder neues Giralgeld zusätzlich zu dem jetzt vorhandenen Geldumlauf in der Höhe von vielen Milliarden künstlich in den Verkehr stopfen,also gerade das wichtigste Geldschöpfungsprinzip, die Umlaufsbegrenzung,preisgeben. Er hat also indirekt für sein eigenes Federgeld nachgewiesen,dass es zur Inflation führen muss.

Wie bodenlos unwissend übrigens die "berufenste Autorität" der Nazis über die Währungsfrage trotz aller seiner gelehrt klingenden,schnell zusammengelesenen Brocken ist, dafür nur noch ein letztes Beispiel: Feder hat davon läuten gehört,dass die Banken ihre Kreditschöpfung durch Rücksicht auf eine genügende Liquidität begrenzen müssen. Aber,so meint er,wenn der Staat die Sache in die Hand nimmt,dann kann nichts passieren; denn der nationalsozialistische Staat wird strengere Prinzipien für die Geldschöpfung anwenden als die bisherige Praxis. Das müsste also heissen,dass der Staat noch strengere Rücksichten auf die Liquidität nehmen müsste. Aber dieser selbe Staat soll- das ist doch der Zweck der Uebung - viele Milliarden für die Arbeitsbeschaffung nach nationalsozialistischem Rezept durch Kreditschöpfung aus der Luft zaubern. Wie soll er dazu imstande sein,wenn die Banken eben aus Rücksicht auf ihre Liquidität heute dazu nicht imstande sind? Wird sich nur aus Begeisterung darüber,dass Feder Direktor der Bau= und Wirtschaftsbank geworden ist, die Liquidität der Banken so verbessern,dass auch nach strengeren Prinzipien als heute viele Milliarden an zusätzlichen Krediten ausgegeben werden können?

Feder beklagt sich in seinen Artikeln bitter über die "Lüge vom Federgeld", die er in der heute üblichen Gleichstellung von Federgeld mit Inflation erblickt. Er liefert freilich selbst den besten Beweis dafür,dass diese Gleichstellung vollständig berechtigt ist, ob man nun die alte oder die neue "verbesserte" Auflage des Federgeldes im Auge hat.

SPD. Der von der Reichsbank gewährte Kredit zeigt in der dritten Juniwoche eine Entlastung um 119,9 Millionen Mark auf 3 336,9 Millionen (in der dritten Maiwoche um 223,4 Millionen auf 3 255,6 Millionen Mark). Die Bestände an Handelswechseln und Schecks verringerten sich in der dritten Juniwoche um 112,4 Millionen auf 2 868,6 Millionen. In der dritten Maiwoche ging der Wechselkredit um 221,5 Millionen auf 2 797,3 Millionen zurück.

Die Währungsreserve zeigt eine Steigerung um 3,1 Millionen Mark auf 961,4 Millionen (dritte Maiwoche 990,9 Millionen). Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,9 Millionen auf 823,4 Millionen und die Bestände an Deckungsdevisen um 2,2 Millionen auf 138 Millionen zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen beträgt 25,9 % gegen 25,1 % in der Vorwoche.

Aeusserst knappes Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 25.Juni)

SPD. Die Situation an der Berliner Produktenbörse hat sich am Sonnabend im Grunde nicht geändert. Nach wie vor steht ein ausserordentlich kleines Angebot einer recht geringen Nachfrage gegenüber. Insofern hielten sich die Geschäftsabschlüsse in allerengsten Grenzen. Immerhin genügt schon eine geringfügige Nachfrage,um den Preisen einen neuen Antrieb zu geben. Auf diese Weise musste prompter Roggen am Sonnabend um 3 Mark höher notiert werden,während am Markte der Zeitgeschäfte die späteren Termine etwa eine Mark gewannen.Weizen hatte sehr eingeschränkten Markt, die Notierungen für prompte Ware lauteten unverändert, Im Zeithandel ganz leicht abgeschwächt. Etwas mehr Interesse zeigte sich im Mehlhandel für Roggenmehl späterer Lieferungen.Die Tendenz der Mühlen,höhere Preise durchzusetzen,hielt an, führte jedoch nicht immer zum Erfolge. Für Hafer war,wie stets an Sonnabenden,die Stimmung sehr ruhig,sodass die Preise eher zur Schwäche neigten.

	24.6.	25.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	252 - 257	255 - 257
Roggen	185 - 187	188 - 190
Futter= und Industriegerste	162 - 172	162 - 172
Hafer	160½ - 164½	160 - [illegible]4
Weizenmehl	30,75 - 34,75	30,75 - 34,75
Roggenmehl	25,35 - 27,35	25,50 - 27,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50
Weizenkleie	9,90 - 10,50	9,90 - 10,50.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 263 (Vortag 264) Sept. 228½ (229), Okt. 229½ (230), Dez.233½ (233½), Roggen Juli - (189½), Sept. 183 (182), Okt. 184 (183), Dez. 188 (187) Hafer Juli 168 (169½), Sept.151 (152) Okt. - (153).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 25.Juni.Amtliche Notierung ab Erzeugerstation,Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I.Qualität 106,II.Qualität 96, abfallende Sorten 89 RM. Tendenz: sehr ruhig.

Berichte, die aufrichten.

Der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband im Krisenjahr 1931.

SPD. Die Nazis - ausgerechnet sie - wollen die deutsche Seele retten. Sie wissen, warum sie die Seele retten wollen. Den deutschen Hunger können sie nicht stillen. Das ist für sie unmöglich; denn sie stehen ja mit der Regierung der Schlotbarone und Krautjunker im Bund, und die sorgen schon dafür, dass die Proleten künftig ihren Hungerriemen noch enger schnallen werden. Die Notverordnung der Regierung Schleicher-Papen beweist das bereits zur Genüge. Bleiben die Hitlerbarone am Ruder, dann kann bald die Zeit kommen, wo den Arbeitern die Löhne und die Unterstützungen, die sie unter der Führung der Gewerkschaften errungen haben, wie ein Märchen vorkommen werden. Die Arbeiter können dann vielleicht ihren Kindern über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Jahre vor der Krise, ja sogar während der Krise wahre - aber wahre Wunderdinge erzählen, und die Jahresberichte der Gerwerkschaften können dann noch einmal bei manchem Arbeiter schmerzliche Erinnerungen wachrufen.

So mancher Arbeiter hat ja immer noch nicht den Ernst der Stunde erkannt. So mancher hat noch immer nicht begriffen, dass auch er trotz allem bisherigen Abbau an allen Ecken und Enden noch immer etwas zu verlieren hat. So mancher Arbeiter, der immer noch nicht weiss, dass es ihm noch viel schlechter gehen kann, als es ihm zurzeit bereits geht, sollte sich in diesen Tagen die Mühe nehmen und die zurzeit erscheinenden Jahresberichte der Gewerkschaften, vor allem den Bericht seiner eigenen Organisation, mit Aufmerksamkeit zu lesen.

Ein erstaunliches Stück Arbeit ist's, das in diesen Jahresberichten bei der Lektüre sichtbar wird. Ein Stück Arbeit, das nur möglich war und ist, weil die Gewerkschaften trotz aller Widerwärtigkeiten der Zeit den Mut nicht sinken lassen und mit unerschütterlichem Glauben an die Kraft und Güte ihrer Sache den Kampf um die Lebensinteressen des Arbeiters durchfechten. Ein neues überzeugendes Beispiel für die ungebrochene Kraft der Gewerkschaftsarbeit - auch mitten in der Krise - ist der soeben erschienene Bericht der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter über die Tätigkeit ihrer Organisation im Krisenjahr 1931.

Arbeutslosigkeit und Lohnkürzung haben den Konsum der breiten Massen scharf eingeschränkt. Wer will sich da wundern, wenn auch bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zunehmen. Ende Dezember wurden 11 578 arbeitslose und 43 097 in Kurzarbeit stehende Verbandsmitglieder festgestellt. Stark hat die Kurzarbeit vor allem in den Brauereien um sich gegriffen, und in den handwerklichen Gewerbegruppen wie Bäckerei, Konditorei, Fleischerei und Metzgerei hat die Ueberhandnahme der Lehrlingshaltung zur Steigerung der Arbeitslosigkeit noch ein übriges getan.

Das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien war scharfen Angriffen ausgesetzt. Sie konnten dank der Unterstützung des ADGB und der Sozialdemokratischen Partei abgewehrt werden. Gegen die zunehmende steuerliche Belastung in der Brauindustrie wurde die Organisation wiederholt bei der Regierung vorstellig. Eine Senkung der Biersteuersätze ist erst Anfang d.J. durchgeführt worden.

Abwehrkämpfe gegen die Arbeitgeber mussten in 1 036 Fällen geführt wer-

den; erfasst wurden davon 353 489 Beschäftigte. In den allermeisten Fällen wurde bei den Verhandlungen eine Einigung erzielt. Allgemeinverbindlich erklärt wurden Manteltarifverträge mit 89 254 Beschäftigten. Für 172 933 Personen wurde die von den Unternehmern geforderte Verschlechterung des Lohns und sonstiger Arbeitsbedingungen abgewehrt. Vor allem war die Organisation erfolgreich in ihrem Kampf um die Erhaltung der Ferien und der Lohnbezahlung in Krankheitsfällen; 60 000 Personen hatten davon unmittelbaren Gewinn. Die durchschnittliche Lohnkürzung betrug bei den Arbeitern 2,85 Mark und bei den Arbeiterinnen 1,92 Mark pro Woche. 211 Tarife konnten für 72 716 Personen neu abgeschlossen werden, darunter je ein Vertrag mit den Käseschmelzwerken in Bayern und Württemberg, mit der Milchindustrie im Allgäu und der Fleischindustrie in Hamburg, sowie verschiedene Bezirkstarife im Fleischergewerbe und ein Reichstarif für die Beschäftigten in den Fischbäckereien. Ende des Jahres 1931 bestanden 1 043 Tarifverträge für 74 434 Betriebe mit 247 673 Beschäftigten, darunter 60 127 Arbeiterinnen.

Wichtige tarifliche Erfolge wurden trotz des unerhörten Ansturms der Unternehmer festgehalten: für 44 666 Personen wurde eine Arbeitszeit unter 48 Stunden wöchentlich vereinbart. Ueberstundenzuschläge erhalten 236 298 Personen, Zuschläge für Sonntagsarbeit bis zu 50 Prozent bekommen 225 196 Personen, Zuschläge für Nachtarbeit bis zu 50 Prozent beziehen 204 938 Personen, jährliche Ferien bis zu 18 Tagen erhalten 246 501 Personen, und die Bezahlung des Lohns in Krankheitsfällen bis zum Höchstausmass von 8 Wochen ist für 235 652 Personen tariflich geregelt; davon wird der Lohn bis zu zwei Wochen für 44,6% und bis zu 4 Wochen für 34,5% aller den Tarifen unterstellten Personen weitergezahlt.

Grosse Bedeutung legte die Organisation der Jugendbewegung bei. In 104 Orten bestehen Lehrlings- und Jugendabteilungen. Der Gesamtbestand der organisierten Lehrlinge und Jugendlichen betrug am Jahresende 6 753; darunter sind die Lehrlinge in den Bäckereien und Konditoreien als die stärkste Gruppe vertreten. Die stärkste Jugendbewegung des Verbandes ist in Rheinland und Westfalen zu verzeichnen.

Für Unterstützung wurden fast 6 Millionen Mark aufgewendet, davon über 2 Millionen Mark für Arbeitslose, 900 000 Mark für Kranke, 1 754 000 für Invalide und 273 000 für Sterbeunterstützung. Für die neu beschlossene Aussteuerunterstützung wurden 22 600 Mark und für den Rechtsschutz 91 000 Mark ausgegeben. Die Sonderweihnachtsunterstützung betrug 206 000 Mark. Die Lohnbewegungen und Streiks erforderten über eine halbe Million Mark. Dazu kommen dann noch viele hunderttausend Mark, die bei den Arbeitsgerichten an rückständigem oder einbehaltenem Tariflohn mit Erfolg ausgeklagt werden konnten.

Die Einheitsorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie hat also im Krisenjahr 1931 ihren Mann gestanden. Dem Unternehmertum gelang es nicht, seine Pläne auf Zertrümmerung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen und der bestehenden Tarifverträge zu verwirklichen. Umgekehrt erreichte die Organisation eine weutere Sicherung der Vertragsbestimmungen und sogar noch beachtliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Verband bewies, dass er mit Erfolg für seine Mitglieder kämpft und arbeitet. Wann werden die der Organisation noch fern stehenden Arbeiter aus diesem Ergebnis die Konsequenzen ziehen und den Weg zur Gewerkschaft finden, den Weg zur organisierten Arbeiterbewegung?

SPD. Das Reichsarbeitsministerium hat die baugewerblichen Bezirkstarifverträge für Ost- und Westsachsen und die dazu gehörigen Lohnbestimmungen rückwirkend ab 1. Juni für allgemeinverbindlich erklärt.

Der schlechte Absatz in der Kaliindustrie hat die Gewerkschaft Hansa-Silberberg in Empelde veranlasst, von insgesamt 480 Beschäftigten 360 Arbeiter zu entlassen. Der Betrieb ist so gut wie stillgelegt. Am 1. Juli schliesst das Kaliwerk Ronnenburg. Bis auf einen Rest von 6 - 8 Arbeitern, die zur Ueberwachung der Betriebsanlagen benötigt werden, wird die Belegschaft, die zur Zeit 250 Mann umfasst, entlassen.

SPD. In Antwerpen tagt zur Zeit der 5. Internationale christliche Gewerkschaftskongress. Eröffnet wurde die Tagung durch Bernhard Otte, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Den Tätigkeitsbericht erstattete Generalsekretär Serrarens-Utrecht. Ueber die Weltwirtschaftskrise sprach Professor Dr. Brauer-Köln und über Sozialpolitik im Zeitalter der Rationalisierung J. Nauta- Amsterdam. Dem Kongress ging eine Tagung der christlichen Arbeiterinnen voraus.

Die christliche Internationale umfasst, wie aus dem Bericht des Generalsekretärs hervorgeht, zur Zeit 2,3 Millionen Arbeiter.

SPD. Dem Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung ist von der Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1932 ein weiterer Betrag von 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Die Regierung hat den Reichskommissar Dr. Saassen beauftragt, sein Amt noch bis Ende Juli weiterzuführen, um den mit den neuen Mitteln durchzuführenden zweiten Bauabschnitt zu organisieren. Am 31. Juli werden die Geschäfte des Reichskommissars auf den Reichsarbeitsminister übergeleitet, da Dr. Saassen gebeten har, ihn spätestens bis zu diesem Zeitpunkt von seinem Amt als Reichskommissar zu entbinden, um sich wieder ganz seinen Geschäften als Regierungspräsident in Trier widmen zu können.-

\+ \+ \+

Die vorstädtische Kleinsiedlung ist nur eine Teilhilfe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die grosse Hilfsaktion zur Entlastung des Arbeitsmarktes mit Hilfe der Siedlung ist mit der Umstellung des politischen Kurses ins Stocken geraten. Kein Wunder, wenn aus der Oeffentlichkeit heraus immer stürmischer eine Inangriffnahme des Siedlungsprogramms im allgemeinen und insbesondere im deutschen Osten gefordert wird. Eine solche Forderung hat dieser Tage auch der Finanzausschuss des württembergischen Landtags angemeldet. In seinen Beratungen über Arbeitsbeschaffung und Notstandsbekämpfung forderte er u.a. dass die württembergische Regierung beim Reich mit allem Nachdruck für eine durchgreifende Lösung des Siedlungsproblems zur Entlastung des Arbeitsmarkts eintrete. Das Reich müsse dabei vor allem davon absehen, wirtschaftlich nicht mehr haltbaren Grossgrundbesitz mit öffentlichen Mitteln zu stützen, sondern diesen Grossgrundbesitz gegen angemessene Entschädigung für Siedlungszwecke verwenden. Im übrigen müsse in Württemberg der Binnensiedlung auch in Zukunft die grösste Sorgfalt zugewendet werden.